

Kreis Herzogtum Lauenburg  
Der Landrat  
Fachbereich Jugend, Familie, Schulen und Soziales

**18. Wahlperiode 2008-2013**

Ansprechpartner: Herr Fries  
Zimmer: 5  
Telefon: (04541) 888-335  
Fax: (04541) 888-150  
E-Mail: Fries@Kreis-RZ.de  
Mein Zeichen: 260  
Datum: 16.10.2008

M:\Allgemein\Gremien\Soziales\Niederschrift\18-WP1\_Sitzung\_09.09.2008.doc

**N i e d e r s c h r i f t**

**über die 1. Sitzung  
des Sozialausschusses am 9. September 2008  
in Ratzeburg, Barlachstr. 2**

**Beginn:** 16.00 Uhr

**Ende:** 18.35 Uhr

**A. Mitglieder des Sozialausschusses:**

Abge. Brieger - Vorsitzende -  
Abg. St. Clasen  
Abg. Krieter  
Abg. Rosell  
Abg. H. Holst  
Abg. Schmidt  
Abg. J. Holst  
bgl. Mitglied Dittmer  
Abge. Itzerott  
Abg. Feindt

**B. Gäste:**

Abg. Hagenah  
Abg. Knüppel  
Abg. Schröder  
stv.bgl. Mitglied Rössner  
Abge. Granz  
Abg. Tormählen

**C. Vertreter der Seniorenbeiräte**

Herr Pleßen

**D. Von der Kreisverwaltung:**

Herr Jung  
Frau Kröpelin  
Herr Dr. Riederer  
Herr Dr. Fink  
Frau Mazur  
Frau Dr. Schlüter  
Herr Fries - zugleich als Protokollführer -

Die Vorsitzende, Frau Brieger, eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Sozialausschusses fest.

Sie begrüßt besonders die anwesenden bürgerlichen Mitglieder Rasmus Dittmer, Joachim Knüppel und Fokko Rössner und verpflichtet diese mit Handschlag als Mitglieder des Sozialausschusses.

Auf Antrag der Verwaltung wird der TOP 7 um einen Sachstandsbericht zum Pflegeweiterentwicklungsgesetz erweitert.

### **Tagesordnung:**

1. Einwohnerfragestunde
2. Vorstellung von Kreistagsabgeordneten und Verwaltung (Anlage 1)
3. Niederschrift über die 43. Sitzung des Sozialausschusses vom 13.05.2008 (Anlage 2)
4. SGB II: künftige Organisation der Arge – Sachstandsbericht -
5. Kosoz – Sachstandsbericht -
6. Dokumentation zur Anhörung Kinderarmut (Anlage 3) und Sachstandsbericht zur Stiftung „Menschen in Not – Herzogtum Lauenburg“
7. Selbstbestimmungsstärkungsgesetz – Sachstandsbericht -
8. Kibis –Sachstandsbericht -
9. Anfragen, Mitteilungen, Verschiedenes

#### **TOP 1**      **Einwohnerfragestunde**

Herr Abel und Frau Zedler vom Selbsthilfegruppen-Beirat im Kreis stellen in Sachen KIBIS vier Fragen, die auch schriftlich eingereicht werden. Mit deren Zustimmung werden diese auf Vorschlag der Verwaltung unter TOP 8 beantwortet.

#### **TOP 2**      **Vorstellung von Kreistagsabgeordneten und Verwaltung**

Die anwesenden Fachbereichsleitenden und Fachdienstleitenden bzw. Stellvertreter stellen sich kurz vor und skizzieren ihre Aufgabenbereiche. Im Anschluss geben die Mitglieder des Sozialausschusses sowie anwesende weitere Kreistagsabgeordnete einen Abriss zu ihrer Person.

#### **TOP 3**      **Niederschrift über die 43. Sitzung des Sozialausschusses vom 13.05.2008**

Einwände gegen die Niederschrift werden nicht erhoben.

#### **TOP 4**      **SGB II: künftige Organisation der Arge – Sachstandsbericht -**

Die Verwaltung stellt die bisherige Entwicklung zur künftigen Organisation der ARGE dar. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus Dez. 2007 erklärt die derzeitige Mischverwaltung für nicht zulässig. Das Bundesministerium und die Bundesagentur für Arbeit haben daraufhin einen Vorschlag zu sogenannten „Kooperativen Jobcentern“ eingebracht. Dieser wurde von den Arbeits- und Sozialministern der Länder abgelehnt. Mit einstimmigem Beschluss haben diese eine Verfassungsänderung zur Absicherung der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung durch BA/Kommunen unter Absicherung des Optionsmodells auf den Weg gebracht. Strittig ist zurzeit noch, ob damit eine Ausweitung des Optionsmodells ausgeschlossen wird. Auch steht noch offen, ob diese Nachfolgeorganisation künftig beim Bund oder den Ländern angesiedelt sein wird. Klares Ziel ist es

nun einen einheitlichen Personalkörper zu schaffen. Hierzu hat das Arbeitsministerium den Auftrag bekommen, bis Ende August einen Gesetzesentwurf zur Änderung des Grundgesetzes und des SGB II vorzulegen. Dieser lag bis zum 9.9.2008 nicht vor.

Frau Brieger sprach sich für einen einheitlichen Personalkörper aus, da nach ihrer Kenntnis viele Mitarbeiter von den Kommunen wieder abgerufen worden seien. Frau Itzerott äußert Bedenken, dass dieses noch in dieser Legislaturperiode Umsetzung finden wird.

#### **TOP 5** **KOSOZ –Sachstandsbericht-**

Die Verwaltung erläutert den Hintergrund und die bisherige Entwicklung der Koordinierungsstelle soziale Hilfen der Kreise in Schleswig-Holstein (KOSOZ) mit Sitz in Rendsburg. Die befristet bis 2010 ins Leben gerufene Koordinierungsstelle hat aufgrund einer in desolatem Zustand vom Land übernommenen Aktensituation und einer nicht befriedigenden Wahrnehmung der Leitung die Erwartungen der Kreise nicht erfüllt. Dadurch wurde die Teambildung erschwert und es sind erhebliche Arbeitsrückstände aufgelaufen. Aufgrund der Befristung sei es zudem schwierig, entsprechend qualifiziertes Personal zu finden. Herr Martens vom Landkreistag habe nun die Leitung kommissarisch bis Ende 2010 übernommen. Danach stehe eine Grundsatzentscheidung über die weitere Entwicklung der KOSOZ an. Diese werde wieder durch die Kreistage zu treffen sein.

#### **TOP 6** **Dokumentation zur Anhörung Kinderarmut und Sachstandsbericht zur Stiftung „Menschen in Not- Herzogtum Lauenburg“**

Frau Brieger spricht Frau Mazur im Namen des Sozialausschusses den ausdrücklichen Dank für die gelungene Darstellung der Dokumentation aus. Weitere Fragen zu der Dokumentation könnten jederzeit an Frau Mazur direkt herangetragen werden.

Die Verwaltung erläutert die neue Situation nach dem Gutachten Weissleder & Ewer, welches einen restriktiven Rahmen für die Einbringung kommunalen Vermögens in kommunale Stiftungen setzt. Dieses Gutachten ist im Internet unter [http://www.schleswig-holstein.de/IM/DE/KommunalesSport/KommunaleFinanzen/Gemeindehaushaltsreform/regelungen/Downloads/rechtsgutachten\\_templateld=raw\\_property=publicationFile.pdf](http://www.schleswig-holstein.de/IM/DE/KommunalesSport/KommunaleFinanzen/Gemeindehaushaltsreform/regelungen/Downloads/rechtsgutachten_templateld=raw_property=publicationFile.pdf) oder in Printform bei Herrn Steffen, Fachdienst Kreisorgane, einzusehen.

Für den 11.11.2008 ist nun eine gemeinsame Sitzung zu diesem TOP mit dem Jugendhilfeausschuss geplant. Die Verwaltung wird beiden Ausschüssen im Vorwege ihre Überlegungen zu strukturellen und inhaltlichen Fördergrundsätzen als Entwurf zusenden. Im Anschluss werden beide Ausschüsse separat weiter tagen.

Frau Brieger stellt die Frage, weshalb der Jugendhilfeausschuss nun die Verteilung zusätzlicher 20.000 € an Kinder beschlossen hat und wie diese erfolgen soll. Herr Jung erläutert, dass diese Mittel nur für Kinder in Kindertagesstätten gedacht sind und an die Maßnahme des Landes „Kein Kind ohne Mahlzeit“ anknüpfen. Eine Verteilung soll über den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband erfolgen. Es handelt sich dabei um außerplanmäßige Mittel, für die die Verwaltung noch einen Deckungsvorschlag erarbeitet.

Der Ausschuss diskutiert intensiv den Handlungsbedarf und die Möglichkeiten auf dem Feld Kinderarmut auch über eine Stiftung hinaus. Frau Brieger verweist insofern auf den Mehrheitsbeschluss des Kreistages und für weitere Fragen zu den zusätzlichen Mitteln die der Jugendhilfeausschuss beschlossen hat auf Frau Gehrman als Ansprechpartnerin.

Herr Jung führt an, dass im Jugendhilfeausschuss auch bereits die Sozialstaffel neu beschlossen worden ist, was insbesondere Kinder die unter das SGB II fallen zugute käme. Für den Kreis bedeute dies eine höhere Belastung von 400.000 €.

## TOP 7

### Selbstbestimmungsstärkungsgesetz und Pflegeweiterentwicklungsgesetz

Die Verwaltung stellt den Hintergrund der Entwicklung zum **Selbstbestimmungsstärkungsgesetz (SbStG)** des Landes Schleswig-Holstein dar. Während das Heimgesetz des Bundes ordnungsrechtlich geprägt auf die Schutzbedürftigkeit von Menschen in stationären Einrichtungen der Alten- und Behindertenhilfe sowie Pflege ausgerichtet war, legt der jetzige Entwurf eine deutliche Gewichtung auf mehr Eigenverantwortung und Selbstbestimmung der Betroffenen. Insbesondere durch neue individuelle Wohn- und Betreuungsformen soll der Ansatz von ambulant vor stationär verfolgt werden. Wesentlich sind hier die §§ 8-10 des SbStG zu nennen. Das Land hat das Ziel einer Inkraftsetzung zum 1.1.2009.

Zu dem **Pflegeweiterentwicklungsgesetz** führt die Verwaltung aus, dass dieses vom Bundestag beschlossen worden ist und die Einrichtung von **Pflegestützpunkten** ab dem 1.1.2009 durch die Pflegekassen vorsieht. Bisher erfolgte diese Beratung im Kreis durch die Trägerunabhängige Beratungsstelle (TuB), welche von 2002-2006 als Modellprojekt und seit 2007 nach dem Landespflegegesetz gefördert wird. Die Finanzierung erfolgte anteilig durch Kreis 12.000 €, Land 81.800 €, Verein für Pflegeberatung 25.500 €. Diese Förderung endet mit Ablauf des Jahres 2008.

Das Land sieht im Gegensatz zum Landkreistag eine Konnexität in Sachen Pflegestützpunkten nicht gegeben und schlägt eine Drittelfinanzierung durch Pflegekassen, Land und Kreise zu je 60.000 € vor. Dies würde für den Kreis erhöhte Kosten von 48.000 € bedeuten. Ein neuer Beratungstermin zwischen Land und Pflegekassen ist für den 24. September vereinbart.

Der Ausschuss diskutiert die bisherige Entwicklung der Beratungsstelle im Kreis, die bereits einmal vor dem Aus stand, und die möglicherweise anstehenden Mehrkosten. Frau Brieger verweist auf eine Aussage des Landes, das die bisherigen Mitarbeiter und Strukturen übernommen und in die Pflegestützpunkte überführt werden sollen.

## TOP 8

### KIBIS – Kontaktstelle für Selbsthilfe - Sachstandsbericht

Frau Brieger erläutert die zuletzt stattgefundenene Entwicklung der Kontaktstelle bedingt durch den vorgenommenen Personalwechsel.

Die Verwaltung stellt die Entwicklung von KIBIS ausgehend von einer Bundesträgerschaft in 1978 bis zur Abgabe der Trägerschaft an den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband (DPWV) bzw. weiter an den Arbeiter Samariter Bund (ASB) dar. Der Anteil des Kreises an der Finanzierung von 83.000 € belaufe sich auf 17.500 € Jährlich werden Verwendungsnachweise erbracht. Der Antrag des ASB für 2009 läge vor. Aufgrund der Entscheidungslage von Sozialausschuss und Kreistag plane die

Verwaltung diese Mittel ein. Die Kontrolle durch den Kreis erfolge durch die Darlegung des Trägers mittels des Jahresberichts und des Verwendungsnachweises. Die Verteilung der 2.500 € an die Selbsthilfegruppen sei nun erfolgt.

Der Ausschuss diskutiert die Entwicklung nach der vom ASB getroffenen Personalentscheidung. Insbesondere ob ein zugesagtes Auffangen der Stunden erfolgt sei, die Gründung des Selbsthilfe-Beirates und das Vertrauen in den ASB als Träger. Auch eine aktive Rolle der Verwaltung bei einer Trägersuche wird angesprochen.

Die Verwaltung führt aus, dass bis dato kein weiterer Träger an den Kreis herangetreten ist und auch keine Überlegungen angestellt worden sind, nach welchen Kriterien eine solche Vergabe erfolgen kann. Angesichts der Mischfinanzierung wird die Beteiligung der anderen Zuschussgeber angeregt. Die aktive Rolle wird beim Selbsthilfegruppen-Beirat gesehen. Falls sich ein neuer Träger meldet, würde ein Verfahren mit Entscheidung dieses Ausschusses und des Kreistages erfolgen. Der Jahresbericht 2007 sowie der Zuwendungsbescheid werden dem Protokoll angelegt.

Frau Brieger sieht eine schriftliche Beantwortung der Fragen des Selbsthilfegruppen-Beirates zum Protokoll als erforderlich an.

## **TOP 9**

### **Anfragen, Mitteilungen, Verschiedenes**

Die Verwaltung berichtet von einer Anfrage der Fraktion DIE LINKE zur Schulbegleitung/Integrationshilfe für behinderte Kinder und Jugendliche in der Förderung des Kreises. Diese wird mit angehängter Antwort verteilt.

Die Verwaltung berichtet von einer Delegation aus Polen mit sozialpsychiatrischem Hintergrund, die aus einem bestehenden Kontakt der PSAG und des Fachdienstes Eingliederungshilfe entstanden ist. Hier ist ein Empfang bei dem Kreispräsidenten Herrn Füllner geplant. Frau Brieger verdeutlicht ihr Interesse als Ausschussvorsitzende künftig intensiver an solchen Terminen beteiligt zu werden.

gez. U

---

Monika Brieger  
- Vorsitzende -

gez. U.

---

Karsten Fries  
- Protokollführer -